

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schreibst. u. Geschäftsstelle Dresden-N. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21 296.
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Restzeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 8

Dresden, Montag, 11. Januar

1932

Wichtige Erklärungen des Reichsfinanzministers zur Reparationsfrage Deutschland nicht in der Lage, seine politischen Zahlungen aufrechtzuerhalten.

Interview des Reichsfinanzministers mit dem Chefredakteur des B. T. Z.

Berlin, 10. Januar.
Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Rede des deutschen Delegationsführers Dr. Brüning gestern den Chefredakteur des B. T. Z. Dieser wies darauf hin, daß diese amtliche Erklärung die politische Öffentlichkeit naturgemäß sehr interessieren, und fragte, welche Gesichtspunkte bei der Zusammenfassung der Delegation beachtet worden seien.

Der Reichsfinanzminister betonte einleitend, daß der bevorstehenden Reparationskonferenz in Lausanne eine sehr große Bedeutung zukomme. Er habe es daher nicht nur in seiner Eigenschaft als Reichsaußenminister, sondern auch als Reichsfinanzminister, nach der Bestimmung der Richtlinien der Politik zu tun, für seine Pflicht gehalten, trotz der Fälle seiner sonstigen Amtsgeschäfte die Führung der Delegation selbst zu übernehmen. Außerdem würden die zuständigen Reichsminister Reichsfinanzminister Dietrich und Reichswirtschaftsminister Warmbold teilnehmen. In seiner Begleitung werde sich Staatssekretär u. a. befinden, da auf einer außenpolitisch so bedeutsamen Konferenz naturgemäß auch das Auswärtige Amt als solches maßgeblich vertreten sein müsse. Gleichzeitig sei aber Bedacht darauf genommen worden, durch Zurücklassung von leitenden Beamten in Berlin, so der Staatssekretäre des Reichsfinanzministeriums des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsfinanzministers, die Arbeitsfähigkeit des Reichskabinetts in Berlin, namentlich für etwaige Rückfragen der Lausanner Delegation, sicherzustellen. Während der Dauer der Konferenz werde die Reichsregierung in Berlin unter Leitung des Reichswehr- und Reichsinnenministers Dr. h. c. G. Streener stehen.

Der Chefredakteur fragte weiter, ob denn der Reichsfinanzminister angesichts der gegenwärtigen politischen Lage eine längere eigene Abwesenheit von Berlin für vertretbar halte. Der Chefredakteur wies hierbei insbesondere auf die am kommenden Dienstag stattfindende Sitzung des Präsidiums des Reichstages hin, in der bekanntlich auf kommunalistischen Antrag über die Frage der etwaigen vorzeitigen Einberufung des Reichstages Beschlüsse gefaßt werden solle. In seiner Antwort bekannte der Reichsfinanzminister diese Bedenken keineswegs, fügte aber hinzu, daß seine Teilnahme an der Reparationskonferenz aus dem eingangs erwähnten Grunde das absolute Notwendige sei. Er halte es übrigens nach der bisherigen Haltung des Präsidiums eigentlich für ausgeschlossen, daß sich eine Mehrheit für sofortige Einberufung des Reichstages zur Behandlung reparationspolitischer Fragen bilden könne. Die Reichsregierung habe schon bei verschiedenen Anlässen darauf hingewiesen, daß sie keineswegs beabsichtige, den Reichstag als maßgeblichen Faktor der deutschen Gesetzgebung auf die Dauer auszuschalten. Vielmehr habe sie selber bei der letzten Tagung des Reichstages auf den Beschluß hingewirkt, für Ende Februar dieses Jahres eine erneute Tagung des Reichstages ins Auge zu fassen. Die gleiche Haltung nehme die Reichsregierung auch zur Stunde noch ein. Den Einberufungstermin nun aber etwa auf Mitte oder Ende Januar legen zu wollen sei nach seiner Auffassung geradezu unüberwindlich. In demselben Augenblick, wo die Reichsregierung sich anschäue, die wichtigsten vaterländischen Interessen des schwer um seine Existenz ringenden deutschen Volkes vor dem Auslande zu vertreten, wäre eine gleichzeitige Beratung dieser und der damit zusammenhängenden Fragen vor dem Plenum des Reichstages eine völlige Unmöglichkeit.

Die Frage des Chefredakteurs, ob er diese Ausführungen des Reichsfinanzministers der Öffentlichkeit mitteilen dürfe, bejahte der Reichsfinanzminister ausdrücklich. Der Chefredakteur fügte hinzu, daß für diese Haltung der Reichsregierung bei dem größten Teil der deutschen politischen Öffentlichkeit nach seiner Auffassung durchaus Verständnis vorhanden sei. Wenn da und dort noch Zweifel vorhanden seien, so beruhten sie im wesentlichen darauf, daß

die Haltung der Reichsregierung und der deutschen Delegation in Lausanne noch nicht genügend klar umrissen und in der Öffentlichkeit bekannt sei. Der Reichsfinanzminister unterdrückte kein Gesäuen über diese Frage nicht und betonte, daß irgendein Zweifel an der Haltung der deutschen Delegation in Lausanne doch nicht gut möglich sei. Er brauche in dieser Hinsicht nur auf die verschiedenen deutschen Verlautbarungen der letzten Zeit hinzuweisen, wobei er die amtlichen Äußerungen anlässlich des Neujahrsfestes und seine eigene Rundfunkrede vom 7. Dezember erwähnte.

Es gelte jetzt für die beteiligten Mächte, die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Baseler Sachverständigen zu ziehen. Der Bericht habe noch einmal die gewaltigen Dimensionen der Weltkrise aufgezeigt und vor allem die verderblichen Folgen der Krise gerade für Deutschland mit sich gebracht habe. Er führe der Welt die bis an die äußerste Grenze gehenden Maßnahmen vor Augen, die in Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergriffen worden seien, und erlaube uns ihnen an, daß sie in der modernen Völkergeschichte ohne Bei-

spiel dastünden. Zugleich beweiße der Bericht aber, daß einseitige deutsche Maßnahmen nicht ausreichen könnten, daß vielmehr die Lage Deutschlands, die in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt sei, globaler Art ein gemeinsames Handeln der Regierungen, und zwar ein sofortiges Handeln fordere. Dafür, wofür die Ausschließungen der Regierungen gehen müßten, gebe der Bericht, wenn er auch auf formulierte Vorschläge verzichte, doch ganz klar die Richtlinien an. Er zeige die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und zeige darüber hinaus, in welchem engen wirtschaftlichen Zusammenhange gerade die deutschen Reparationszahlungen mit der ganzen gegenwärtigen Lage ständen. Dabei stelle der Bericht ausdrücklich fest, daß sich die Voraussetzungen, von denen seinerzeit die Verfasser des Youngplans ausgegangen seien, grundlegend geändert hätten.

Hiermit, so betonte der Reichsfinanzminister, sei im Grunde alles gesagt. Es liege klar zu Tage, daß Deutschlands Lage ihm

die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache. Ebenso klar sei, daß jeder Versuch, das System solcher politischer Zahlungen aufrechtzuerhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse. Bei diesem Stande der Dinge sei der Reichsregierung ein Spielraum für Überlegungen, welchen Standpunkt sie einzunehmen habe, überhaupt nicht gegeben. Sie könne auf der bevorstehenden Konferenz nicht anstreben, als die gegebene Sachlage darzustellen und an die anderen beteiligten Regierungen die Aufforderung zu richten, daß sie auch ihrerseits dieser Sachlage Rechnung tragen und nicht nach Kompromißlösungen suchten, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei.

Um die Wiederwahl des Reichspräsidenten.

Hugenberg und die Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs.

Ratibor, 10. Januar.
Auf dem Kreisparteitag des Kreisvereins Ratibor-Band der Deutschnationalen Volkspartei führte der stellvertretende Reichsparteiführer Dr. von Winterfeld (Berlin) u. a. aus, die Besprechung zwischen Hitler und Hugenberg sei noch nicht beendet und werde morgen vormittag fortgesetzt. Zum Standpunkt Hugenberg und der Deutschnationalen Volkspartei zu einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg erklärte Dr. v. Winterfeld auf Grund einer Unterhaltung von heute vormittag mit Hugenberg, daß die Deutschnationalen der Ansicht seien, den Reichspräsidenten habe nach der Verfassung das deutsche Volk und nicht der Reichstag zu wählen. Die Deutschnationale Volkspartei könne einer Verlängerung der Amtszeit nicht zustimmen, und man müsse sich schon jetzt mit dem Gedanken vertraut machen, daß im Frühjahr die Reichspräsidentenwahl durchgeführt werden müsse.

Nach der Besprechung Brüning-Hugenberg. — Die Möglichkeiten der heutigen Antwort.

Berlin, 10. Januar.
Wie wir erfahren, hat die Besprechung die heute mittig zwischen dem Kanzler und Geheimrat Hugenberg stattfand, 1 1/2 Stunden gedauert. Ein praktisches Ergebnis hat sie noch nicht erbracht. Dr. Hugenberg hat sich wohl im wesentlichen darauf beschränkt, eine Reihe von Fragen zu stellen, die naturgemäß in erster Linie das aktuelle Problem der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten v. Hindenburg betrafen, sich aber darüber auch auf die Gesamtpolitik der Reichsregierung erstreckten. Dieser informativ Charakter der Unterredung war ja schon dadurch bedingt, daß die Organisationen die in der „nationalen Opposition“ zusammengeschlossen sind, erst am morgigen Montag nachmittags eine gemeinsame Sitzung haben werden, in der ihre Auffassung endgültig gefaßt werden soll. Nach dieser Sitzung wird die Antwort an den Kanzler ergehen, und zwar, wie jetzt auch in nationalloyalistischen Kreisen verläutet, voraussichtlich schriftlich. Ob sie gemeinsam erteilt wird, oder ob die einzelnen Faktoren getrennt für sich antworten werden, steht noch dahin. Es wird aber versichert, daß auch bei getrennter Antwort derselbe sachliche Inhalt anzunehmen sei.

Inzwischen ist nun ja bekanntgeworden, daß der parlamentarischen Lösung des Problems auf der rechten Seite Be-

denken entgegengelegt werden. Man spricht in diesen Kreisen deshalb jetzt von der Möglichkeit, daß die Antwort auf eine Volksabstimmung hinauslaufen könnte, die dasselbe Ergebnis haben würde. Ein solcher Weg kann vielleicht auch schon durch die Haltung des Stahlhelms zu der ganzen Frage gezeigt werden, der ja einer der wesentlichsten Faktoren in diesem Kreise ist. Reichspräsident v. Hindenburg ist Ehrenmitglied des Stahlhelms und daraus ergibt sich dessen Einstellung ja eigentlich schon von selbst. Im ganzen aber steht, wie gesagt, etwas Sicheres über die Antwort der Rechten noch nicht fest. Man muß zunächst abwarten, zu welchem Entschluß die morgige Nachmittagskonferenz kommt. Wie dem aber auch sei, rechnet man in politischen Kreisen doch immer fester damit, daß es auf alle Fälle gelingen wird, dem deutschen Volke die erwähnte Persönlichkeit Hindenburgs auch für die Zukunft als Reichsoberhaupt zu erhalten.

Dingeldey und Hitler.

Magdeburg, 10. Januar.
Auf der Tagung der Reichsanhänger der Deutschen Volkspartei für Handwerk, Einzelhandel und Gewerbe sprach heute Parteiführer Dingeldey über die politische Lage. Zur Frage der Reparationen sagte er u. a., es bestehe kein Zweifel in Deutschland darüber, daß es nicht mehr in der Lage sei, die Reparationslasten zu zahlen. Das Ziel der deutschen Politik müsse sein, der Welt zu zeigen, daß die Unmöglichkeit, weitere Zahlungen zu leisten, nicht auf den Willen Deutschlands, sondern allein auf das vertragswidrige Verhalten der Gegner zurückzuführen sei, die durch ihre unfaire Politik die Voraussetzungen des von ihnen geschlossenen Vertrages systematisch zerstört hätten.

Zur Frage einer abermaligen Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs sagte Dingeldey, daß Hindenburg für die Außenpolitik ein unerlöst harter Faktor sei. Die Gestalt Hindenburgs sei das Symbol dafür, daß Deutschland nicht die Wege revolutionärer Kräfte werde. Man müsse Verständnis dafür haben, daß Hindenburg seinen Namen nicht durch tumultuarische Versammlungen geerbt haben möchte. Deshalb solle der Reichstag seine Wiederwahl beschließen. Dingeldey wies auf Besprechungen hin, die er dieser Tage mit Hitler hatte, wobei Hitler die Notwendigkeit einer weiteren Präsidentschaft Hindenburgs erkannt habe. Es sei zu wünschen, daß Hitler den Weg finde, diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen. Wenn Hitler in diesen Tagen mit Brüning gesprochen habe, so

müsse man endlich an maßgebender Stelle ein Ende damit machen, die NSDAP als jenseits der Geleise stehend zu betrachten. Man dürfe die NSDAP und die sogenannte linke Front nicht mit zweierteil Maß messen.

Die Tagung fand ihren Abschluß mit der Wendenung eines Ergebnisprotokolls an den Reichspräsidenten.

Eine Goebbelsrede in Essen.

Essen, 10. Januar.
Der Berliner Gauleiter der NSDAP, Dr. Goebbels, sprach hier in den Kuppelhallen. Bei Eröffnung der Versammlung verlas Ortsgruppenführer Jilens ein Schreiben des Offener Oberbürgermeisters Bracht, wonach dieser auf Anordnung der preussischen Regierung der NSDAP in Zukunft keine öffentlichen Sätze und Reden zur Verfügung stellen dürfe.

Dr. Goebbels erklärte in seiner Rede u. a., die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten sei in erster Linie eine Verfassungsfrage. Die NSDAP stehe in orthodoxer Loyalität auf dem Boden der Verfassung. In diesem Sinne werde sie auch in dieser Frage ihre Entscheidung treffen. Jedenfalls zeige die Entscheidung der letzten Tage, daß man die NSDAP nicht mehr aus dem Spiele lassen könne.

Eine Erklärung der Nationalsozialisten über die Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister.

Berlin, 11. Januar.
Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt in einem Schreiben mit, daß der Führer der NSDAP, am 6. Januar d. J. durch den Reichsinnenminister Goerner im Auftrage des Reichsfinanzministers davon unterrichtet worden sei, es bestünde die Absicht, die Amtsdauer des Reichspräsidenten durch Parlamentsbeschluß zu verlängern, und daß Adolf Hitler sich zurzeit bemühe, die Situation zu klären. Das Schreiben fährt fort: Die endgültige Entscheidung, die noch nicht gefällt ist, wird ausschließlich bestimmt sein von den Rücksichten auf die Lebensinteressen der durch die nationalsozialistische Bewegung vertretenen deutschen Nation einerseits und die Würde und das Ansehen der Person des Reichspräsidenten andererseits. Wie bisher von nationalsozialistischer Seite in der Presse verbreiteten Berichten über die Haltung, die Adolf Hitler bei den Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister eingenommen hat, sind unzutreffend und beruhen lediglich auf tendenziösen Kombinationen

R